



Landesarbeitsgemeinschaft
der Spitzenverbände
freier Schulträger in Sachsen

MEDIENINFORMATION

„Freie Schulen. Gleiche Schulen.“

Freie Schulen machen mobil für politische Gleichbehandlung

- Freie Schulträger in Sachsen starten Petition gegen politische Ungleichbehandlung
- Benachteiligung freier Schulen durch Landespolitik verstößt gegen verfassungsmäßige Gleichrangigkeit freier und staatlicher Schulen
- LAGSFS stellt konkrete Vorschläge und Forderungen zur Herstellung von Gleichrangigkeit an die sächsische Landespolitik

Dresden, 19. Juni 2019. Jeder Schüler ist gleich viel wert. Unter dem Motto „Freie Schulen. Gleiche Schulen.“ machen Sachsens freie Schulen mobil für politische Gleichbehandlung durch den Freistaat. Freie Schulen werden bei den staatlichen Zuschüssen systematisch benachteiligt. Auch bei der Verteilung von vorrangig kommunalen Fördermitteln hatten sie in der Vergangenheit oft das Nachsehen. Unter dem Dach der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände freier Schulträger in Sachsen (LAGSFS) unterbreiten sie konkrete Vorschläge und stellen Forderungen an die sächsische Landespolitik. Zudem rufen sie mit einer Online-Petition zur Unterstützung auf.

Vorschläge und Forderungen der freien Schulträger im Überblick:

- Verbindliche Beteiligung freier Schulen gemäß ihres Schüleranteils an allen staatlichen Förderprogrammen
- Ermöglichung der Beurlaubung verbeamteter Lehrer an freie Schulen
- Abschaffung des Absenkungsfaktors bei der Ermittlung der Personalkostenzuschüsse
- Berücksichtigung aller Sachkosten bei der Berechnung des Schülerausgabensatzes

Laut der aktuellen Schulstatistik des Freistaates lernen im Schuljahr 2018/19 insgesamt 70.221 Schüler (15 Prozent aller Schüler) an 402 Schulen (23 Prozent aller Schulen) in freier Trägerschaft in Sachsen. Freie Schulen bieten insgesamt 6.072 Lehrern (16 Prozent aller Lehrer) einen sicheren Arbeitsplatz. Das freie Schulwesen ist fest im sächsischen Bildungssystem verankert und erhält durch die Landesverfassung eine besondere Stellung. Nach den Erfahrungen von Nazi- und DDR-Diktatur war es das Ziel der sächsischen Verfassungsväter, die Umsetzung des Bildungsauftrages nicht zu 100 Prozent in die Hände des Staates zu legen. Auch gesellschaftliche Akteure sollten dazu befähigt werden. Noch heute sind freie Schulen Ausdruck des Wunsches nach Freiheit in der weltanschaulichen Prägung und der Vielfalt pädagogischer Konzepte.

Freie Schulen regen Maßnahmen gegen Benachteiligung freier Schulen an

Für die freien Schulträger Grund genug, den Freistaat nun an seine Verantwortung für das gesamte Schulwesen zu erinnern. „Die Sächsische Verfassung schreibt vor, dass freie und staatliche Schulen gleichermaßen für die Erfüllung des öffentlichen Bildungsauftrages zuständig sind. Sachsens Verfassungsgericht stellte im November 2013 fest, dass kein Schulwesen Vorrang vor dem anderen hat. Der Freistaat ist sowohl für freie als auch für staatliche Schulen gleichermaßen verantwortlich. Er kommt dieser Aufgabe jedoch nach wie vor nicht in vollem Umfang nach“, sagt Manja Bürger, Vorsitzende und Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände freier Schulträger in Sachsen (LAGSFS).



Landesarbeitsgemeinschaft
der Spitzenverbände
freier Schulträger in Sachsen

Die LAGSFS ist die Dachorganisation der freien Schulträger im Freistaat Sachsen und vertritt deren Interessen in der Öffentlichkeit sowie gegenüber Politik und Verwaltung. Sie setzt sich für ein sächsisches Schulwesen ein, welches allen Schülern eine gleichwertige Bildung ermöglicht, egal ob sie an einer freien oder staatlichen Schule lernen. Die Voraussetzungen dafür sind aktuell jedoch nicht gegeben. Die Gründe liegen einerseits im Gesetz über die Schulen in freier Trägerschaft und im 2018 von der Landespolitik beschlossenen Handlungsprogramm „Nachhaltige Sicherung der Bildungsqualität in Sachsen“.

Politische Willkür bei der Berechnung staatlicher Zuschüsse

Als öffentliche Schulen, die dem Bildungsauftrag verpflichtet sind, haben freie Schulen Anspruch auf staatliche Finanzierung. Es gibt keinen Grund, einem Schüler einer freien Schule weniger öffentliche Mittel zuzustehen als einem Schüler einer staatlichen Schule. Die Berechnung der Personalkostenzuschüsse enthält jedoch einen diskriminierenden Absenkungsfaktor. Dadurch stehen freien Schulen nur 90 Prozent jener Mittel zu, die staatliche Schulen erhalten. Zusätzlich werden nicht alle Sachkosten berücksichtigt, insbesondere bleiben Kosten für Instandhaltung, Renovierung und Investitionen in Schulgebäude teilweise unberücksichtigt. Das macht das Defizit noch größer.

Für Dr. Siegfried Kost, der die Arbeitsgemeinschaft der sächsischen Schulen in freier Trägerschaft (AGFS) in der LAGSF vertritt, muss diese systematische Benachteiligung beendet werden: „Der Absenkungsfaktor zielt darauf, dass freie Schulen ihr Personal schlechter bezahlen. Das entspricht nicht den moralischen Standards vieler Träger. Außerdem lässt dies der Lehrermarktzugang inzwischen auch gar nicht mehr zu. Ob wir wollen oder nicht: Wir müssen auf Schulgeld zurückgreifen. Nur so können wir den öffentlichen Bildungsauftrag angemessen erfüllen.“

Weiterhin heißt es: „Die sächsische Verfassung sieht eine Erstattung des Schulgeldes vor. Diese aber wird verwehrt. Das ist aus unserer Sicht ein Verfassungsbruch, der beendet werden muss. Der Bildungsauftrag muss auch für Schulen in freier Trägerschaft ohne Schulgeld erfüllbar sein. Das war der Anspruch der Verfassungsväter.“

Handlungsprogramm – Verbeamtung verschärft Wettbewerb um Lehrkräfte

Das Handlungsprogramm enthält umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung des Lehrermangels, klammert freie Schulen jedoch in einem wichtigen Punkt aus. „Wir begrüßen grundsätzlich das Handlungsprogramm der Sächsischen Staatsregierung. Wir sind sehr froh, dass wir erreicht haben, dass mit dem Haushaltbegleitgesetz die freien Schulen finanziellen Verbesserungen im staatlichen Schulwesen nicht mehr ein Jahr hinterherhängen. Trotzdem ist dieses Handlungsprogramm insgesamt und vor allem im Punkt der Verbeamtung von Lehrkräften allein aus Sicht der staatlichen Schulen und deren Versorgung mit Lehrern gedacht.“ Freie Schulen werden hier massiv benachteiligt. Sie können die Sicherheiten und Sozialleistungen einer Verbeamtung nicht bieten. „Die Verbeamtung verspricht Lehrern an staatlichen Schulen nicht nur mehr Geld, sondern vor allem Besserstellungen bei der Altersvorsorge und der Krankenversicherung. Wir registrieren schon jetzt deutlichen Abwerberdruck. Um seiner Gesamtverantwortung für die schulische Bildung gerecht zu werden, muss es der Freistaat verbeamteten Lehrern ermöglichen, sich für den Einsatz an freien Schulen beurlauben zu lassen“, fordert Manja Bürger.

Freie Schulen profitieren nur unterdurchschnittlich von staatlichen Förderprogrammen

Nicht nur bei staatlichen Zuschüssen, auch bei Förderprogrammen von Bund und Land waren freie Schulen bislang oft benachteiligt. „Der DigitalPakt setzt unsere Forderung nach



Landesarbeitsgemeinschaft
der Spitzenverbände
freier Schulträger in Sachsen

gleichberechtigter Teilhabe freier Schulen an schulischen Förderprogrammen vorbildhaft um. Wir fordern, dieses Modell als Blaupause für alle künftigen Programme zu nehmen. Auch laufende Programme wie das der Förderung der Schulsozialarbeit an Oberschulen sollten entsprechend angepasst werden“, sagt Dr. Siegfried Kost.

Freie Schulen wollen mit Online-Petition Forderungen Nachdruck verleihen

Um dem neuen Landtag und der künftigen Regierung ihre Forderungen auf den Weg zu geben und die Politik zum Handeln zu bewegen, startet die LAGSFS eine Online-Petition, die dem neuen Landtagspräsidenten Ende Oktober überreicht werden soll. Unter dem Motto „Freie Schulen. Gleiche Schulen.“ informiert die LAGSFS über die Forderungen der freien Schulen und wirbt um Unterstützung.

Die Online-Petition erreichen Sie unter:

<https://www.openpetition.de/petition/online/freie-schulen-gleiche-schulen>



Weitere Informationen zur LAGSFS und zur Kampagne finden Sie unter:

<https://www.freie-schulen-gleiche-schulen.de>

<https://www.lagsfs-sachsen.de>

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

WeichertMehner (Pressestelle der LAGSFS)

Ulf Mehner / Constanze Reinsberg / Johannes Maidorn

Telefon: +49 351 50140 200

Mail: presse@lagsfs-sachsen.de

Über die Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände freier Schulträger in Sachsen:

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände freier Schulträger in Sachsen (LAGSFS) ist die Dachorganisation des freien Schulwesens im Freistaat. Sie versteht sich als freiwilliger Zusammenschluss der Spitzenverbände freier Schulträger und dient der gegenseitigen Information und der Kooperation zur Vertretung gemeinsamer Interessen sowie zur Verwirklichung gemeinsamer Vorhaben der sächsischen Schulen in freier Trägerschaft.